Eurospots

Schlaglichter aus dem Herzen Europas

AUS DEM INHALT

Ausgabe Februar 2018

- **Reform der EU-Agrarpolitik**
- **Ländlicher Raum - Breitbandinitiative**
- **Zukunft Europas**
- **Christdemokraten retten den Döner**
- **Europäische Verteidigungsunion**

Liebe Leserinnen und Leser,

das neue Jahr ist schon nicht mehr ganz frisch, ich hoffe, Sie haben es gut angefangen. Das Jahr 2018 wird ein wichtiges Jahr bei der Weiterentwicklung der EU werden. Man spricht von einem Zeitfenster vor der Europawahl, wo vieles neu ausgerichtet werden kann. Stichworte sind u.a. Brexit, Sicherheit und Verteidigung, Außengrenzschutz und mittelfristige Finanzplanung 2021-27, die vor der Europawahl festgezurrt werden sollte.

Allerdings warten die Partner in Europa auch darauf, dass die Deutschen nach der Bundestagswahl endlich „zu Potte“ kommen. Denn nachdem Jean-Claude Juncker und Emmanuel Macron wegweisende Reden gehalten haben, wollen viele wissen, was die Deutschen meinen. Die bisherigen Sondierungen, sowohl im gescheiterten „Jamaika-Rahmen“, als auch im schwarz-roten Sondierungsergebnis ablesbar, machen mich zuversichtlich: Europa spielt den notwendigen Stellenwert, es gibt für den Finanzrahmen keine künstliche Festlegung, etwa 1% des Bruttosozialprodukts (BSP) als „Obergrenze“. Man vereinbart zunächst, welche Aufgaben die EU erfüllen soll und dann stellt man die notwendigen Finanzen bereit. Da muss zum einen der fehlende britische Nettobeitrag von jährlich etwa 10 Milliarden berücksichtigt werden, zum anderen die notwendigen Mittel für zusätzliche Aufgaben eingestellt werden. Den 2018er Haushalt fahren wir mit 0,92 % des BSP, die vertragliche Obergrenze wäre 1,24 %. Da gibt der Rahmen also durchaus noch was her.

Europa muss dort liefern, wo es gemeinsam einen Mehrwert für die Bürger gibt. Dann wird das Projekt auch künftig erfolgreich sein.

In diesem Sinne grüßt Sie

Michael Gahler

evp - fraktion im europäischen parlament

Für Landwirte wird die EU-Agrarpolitik einfacher und fairer

Die vom Parlament am 12. Dezember 2017 verabschiedete Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) stärkt die Position der Landwirte gegenüber den Supermärkten. Denn künftig können alle anerkannten Erzeugerorganisationen ihre Produktion und ihre Lieferverträge im Namen ihrer Mitglieder aushandeln, ohne die EU-Wettbewerbsregeln zu verletzen.

Kollektivverhandlungen wurden bisher nur in einigen wenigen Sektoren wie Milch, Olivenöl, Rindfleisch oder Getreide zugelassen. Landwirte werden sich künftig auch besser gegen Marktschwankungen und Risiken wie schlechte Witterungsbedingungen, Pflanzenschädlinge oder Tierseuchen schützen können, u.a. durch Erhöhung der Ausgleichszahlungen, durch Ernte-, Tier- und Pflanzenversicherungen sowie durch bäuerliche Investmentfonds. Gleichermaßen bedeutsam ist, dass die Mitgliedstaaten mehr Flexibilität bei der Definition eines „aktiven Landwirts“ erhalten, was die Förderung von Junglandwirten erleichtert, die für EU-Agrarsubventionen in Frage kommen.

Die neuen Regeln sind am 1. Januar 2018 in Kraft getreten.

WEB-TIPP

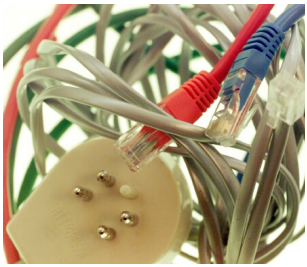
Pressemitteilung:
http://bit.ly/2AftTmP
GAP neu :
http://bit.ly/2k6VK2O

Ländlicher Raum - Breitbandinitiative

Mit der Veröffentlichung eines Fünf-Punkte-Plans für den Breitbandausbau im ländlichen Raum hat das europäische Netzwerk der Breitbandkompetenzzentren (BOC) seine Arbeit aufgenommen. Die BOC (Broadband Competence Office) sollen die Kommunen über Möglichkeiten effizienter Breitbandinvestitionen beraten und Orientierungshilfen für öffentliche oder private Breitbandprojektträger, Nutzer oder Investoren geben. Dafür sollen alle Informationen rund um das Thema Breitband, wie Finanzierung, Technologie oder Regulierungsfragen, an einer nationalen Stelle konzentriert werden.
Für den Erfolg der Breitbandinitiative sind folgende Maßnahmen angekündigt worden:

1. Die Mitgliedstaaten und privaten Investoren werden aufgefordert, aktuelle und detaillierte Karten für die Bereiche aufzustellen, in denen wesentliche Breitbanddienste fehlen.

2. Für Regionen mit geringer ländlicher Breitbandabdeckung werden bis Juni 2018 „Breitbandmissionen“ mit Experten berufen, die technische Hilfe leisten, um die administrativen und finanziellen Engpässe für den Breitbandausbau zu beseitigen. Es wird bis April 2018 eine „gemeinsame Methodik“ für die Planung, Berichterstattung und Überwachung von Breitbandinvestitionen geschaffen.



3. Der ländlichen Breitbandversorgung wird bei der Neuprogrammierung von Struktur- und Investitionsfonds Priorität eingeräumt. Eine entsprechende Checkliste soll bis April 2018 fertiggestellt werden.

4. Es wird ein „Rahmenplan für ländliche Breitbandprojekte“ entwickelt, um den lokalen Gemeinschaften bei der praktischen Durchführung erfolgreicher Projekte zu helfen, bis März 2018 erfolgreiche Projekte auf den Weg zu bringen.

Nur 40 % der ländlichen Haushalte haben einen Hochgeschwindigkeits-Internetzugang, verglichen mit 76 % der gesamten Haushalte in der EU.

WEB-TIPP

Pressemitteilung (Englisch):
http://bit.ly/2AkwgZI
Fünf-Punkte-Plan (Englisch) :
http://bit.ly/2zob5Wf
BOC (Englisch):
http://bit.ly/2AzsknB

Sacharow-Preis für Meinungsfreiheit geht an parlamentarische Opposition in Venezuela

Am 13. Dezember 2017 verlieh das Europäische Parlament den Sacharow-Preis für Meinungsfreiheit an die Opposition in Venezuela. Die Oppositionellen sollten uns allen ein Beispiel sein. Sie sind mutige Menschen, die trotz der ihnen drohenden Gewalt oder Inhaftierung keine Angst haben für ihre Meinung einzustehen. Es ist wichtig, dass

sie nicht aufgeben, für ihre Freiheit und ihre Würde zu kämpfen. Mit der Verleihung des Sacharow-Preises wird ihr Kampfgeist ausgezeichnet und sie in ihrem Vorgehen weiter bestärkt. Die Auszeichnung wird hoffentlich dazu beitragen, dass Freiheit, Demokratie, Frieden, Menschenrechte und

Rechtsstaatlichkeit in Venezuela wieder hergestellt werden - die Werte, die der Sacharow-Preis repräsentiert.
Hintergrund:

Das Europäische Parlament verleiht seit 1988 jährlich den Sacharow-Preis für Meinungsfreiheit. Die Fraktionschefs im Europaparlament entscheiden über die Preisträger, die von den Fraktionen oder Gruppen von Angeordneten vorgeschlagen werden können.

EU steht hinter Rufen nach Demokratie im Iran

Am 16. Januar führte das Europäische Parlament eine Debatte zur Lage im Iran in Anwesenheit von Federica Mogherini, Vizepräsidentin der Kommission und Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, durch. Ein Jahr vor dem 40. Jahrestag der Islamischen Revolution eskaliert die Situation im Iran erneut. In den vergangenen Wochen kam es zu Protesten der iranischen Bevölkerung gegen das Regime. Anlass war die Streichung staatlicher Unterstützungsgelder für Millionen Bedürftige. Die Regierung reagierte auf die Proteste mit Härte: Zahlreiche Festnahmen, Tote bei Demonstrationen sowie eine vorübergehende Sperrung des Internets. Die EU-Außenbeauftrage Federica Mogherini betonte bei der Debatte im Europaparlament die Meinungsfreiheit als grundlegendes Menschenrecht. Das gewaltsame Vorgehen der iranischen Regierung gegen friedliche Demonstranten sei inakzeptabel und sollte bei Fortsetzung des Verhaltens sanktioniert werden.
Im Zentrum der Plenardebatte stand das Atomabkommen mit dem Iran, das US-Präsident Donald Trump aussetzen will. 2015 war es den USA, Russland und den drei EU-Staaten Deutschland, Frankreich und Großbritannien nach jahrelangen Verhandlungen gelungen, den Iran auf eine friedliche und überprüfbare Nutzung der Kernenergie zu verpflichten. Trump jedoch droht weiter mit einem einseitigen Ausstieg aus dem Atomabkommen, sollten die EU-Staaten bei ihrer Position bleiben und keine Korrekturen am Iran-Abkommen vornehmen wollen. Dafür sieht die EU allerdings keinen Anlass, da sich Teheran bisher an die Vereinbarung gehalten hat, welche die ausschließlich friedliche Nutzung der Kernenergie vorsieht. Das stellt die Internationale Atomenergiebehörde bisher durch Überprüfungen alle drei Monate fest. Sollte US-Präsident Trump dennoch die derzeit ausgesetzten Atom-Sanktionen wieder in Kraft setzen, hätte dies auch weitreichende Folgen für die Wirtschaftsbeziehungen der EU mit dem Land.

In der Debatte: Zukunft Europas

Die Rede des irischen Regierungschefs Leo Varadkar bildete am 17. Januar den Auftakt des neuen Debattenformats des Europaparlaments zur Zukunft Europas. Mit einem klaren Bekenntnis zu den Grundwerten der EU und dem Prinzip der freund-

schaftlichen Zusammenarbeit traf Varadkar den Nerv der Abgeordneten.
Der britische EU-Austritt bildete den Schwerpunkt seiner Rede, wäre doch die Wiedereinführung einer harten Grenze zwischen Irland und Nordirland ein schwerer Rückschlag für die Grüne In-

sel. Die seit dem historischen Karfreitagsabkommen von 1998 praktisch nicht existierende Grenze zwischen den beiden Ländern ist auch der sichtbare Ausdruck des Endes eines jahrzehntelang grausam geführten Untergrundkriegs konfessioneller Extremisten in Nordirland.

Deutscher Beitrag zur Zukunft der EU erwartet

Eine neue Bundesregierung sollte bald an den Start gehen, denn Berlin muss einen kraftvollen Beitrag zur Reform der Europäischen Union leisten. Bis zum Juni-Gipfel der Regierungschefs sollten die Reformvorschläge der Währungsunion entscheidungsreif sein. Eine Fortentwicklung des Stabilitätsmechanismus ESM zu einem Europäischen Währungsfonds (EWF) ist ein lohnendes Projekt.
Der künftige EWF muss einer parlamentarischen Kontrolle unterliegen. Einen europäischen Finanzminister brauchen wir aber nicht, denn welche neuen Kompetenzen soll er haben? Die derzeitige Struktur der Eurogruppe gewährleistet klare Verantwortlichkeiten, und es wäre gefährlich, Zuständigkeiten zu vermischen. Beim EU-Währungskommissar wird man aber über mehr Durchgriffsrechte gegenüber Defizitsündern reden müssen.

Zusammensetzung des Europäischen Parlaments muss bürgernah bleiben

Am 23. Januar stimmte der Ausschuss für konstitutionelle Fragen (AFCO) über die künftige Zusammensetzung des Europäischen Parlaments ab. Eine Neugestaltung der Verteilung und Anzahl der Europaabgeordneten wird durch den angekündigten Brexit mit Blick auf die nächsten Europawahlen 2019 notwendig.

Bei der Neugestaltung der Anzahl der Parlamentssitze sind Kriterien zu beachten, die sich aus dem Vertrag von Lissabon ergeben: pro Land dürfen mindestens 6 und höchstens 96 Sitze verteilt werden. Insgesamt darf das Parlament nicht mehr als 751 Sitze umfassen. Schließlich muss der Grundsatz beachtet werden, dass Abgeordneten aus bevölkerungsreichen Ländern mehr

Bürger repräsentieren und Parlamentarier aus kleinen Mitgliedstaaten entsprechend weniger. Bei der derzeitigen Sitzverteilung im Parlament wird die degressive Proportionalität insgesamt nicht berücksichtigt. Die EU und das Europäischen Parlament benötigen eine stärkere Legitimation durch die Bürger. Das bedeutet, dass das Wahlrecht eine größere Nähe zum Bürger ermöglichen muss. Europaweite Listen, die von linken und liberalen Fraktionen gefordert werden, führen dagegen zur Entfremdung zwischen den Abgeordneten und ihren Wählern. Solche Listen würden eher zu einer Schwächung der Legitimation des Europäischen Parlaments führen.

Alle Parteien sollten wiederrum einen „Spitzenkandidaten" für das Amt des Kommissionspräsidenten bestimmen, der dann durch das Europäische Parlament als Resultat der Europawahl gewählt wird. Dies ist der beste Weg, um im Vorfeld und während des Europawahlkampfs eine große gesamteuropäische Debatte in Gang zu bringen.

Christdemokraten retten den Döner

Am 13. Dezember retteten die Christdemokraten im Europäischen Parlament den Döner. Sie taten dies, indem sie erfolgreich ein Verbot von Phosphatzusätzen in der Dönerproduktion verhinderten.

Ohne Phosphatzusatz kann man keine Dönerspieße herstellen. Phosphat hält das Fleisch am Spieß zusammen, so dass es nicht zu einem ‚Elefantenfuß' zusammensackt. Außerdem bindet Phosphat Wasser, sodass es erst nach und nach während des bis zu acht Stunden dauernden Grillvorgangs verdunstet. Dies gewährleistet das gleichmäßige Durchgaren, das aus hygienischer Sicht unabdingbar ist. Die Behauptung, durch den Phosphatzusatz könne eine Gesundheitsgefährdung entstehen, ist lächerlich. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) stuft eine Aufnahme von bis zu 4200 mg Phosphat pro Tag als unbedenklich ein. Eine Portion Döner enthält aber gerade einmal 134 mg Phosphat. Cola enthält im Verhältnis dazu viel mehr Phosphat. Außerdem geht es nur um eine Klarstellung für tiefgefrorene Dönerspieße, durch die der Verbraucher voraussichtlich kein Gramm mehr an Phosphat zu sich nimmt. Ein Verbot des Phosphatzusatzes hätte zum Erliegen der Dönerproduktion geführt. 80 Prozent der in der EU verkauften Dönerspieße werden in Deutschland produziert. Der Vorstoß, den Kommissionsvorschlag abzulehnen, war reine Panikmache und unverantwortlich. Zum Glück konnte die christdemokratische EVP-Fraktion das Ende des Döners in der EU verhindern.

Auf dem Weg zur Europäischen Verteidigungsunion

Im Dezember verabschiedete das Europäische Parlament den Jahresbericht zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, der dieses Jahr von Michael Gahler als Berichterstatter betreut wurde. Der Bericht wurde mit 368 Stimmen bei 237 Gegen-

stimmen und 61 Enthaltungen angenommen. Aus Sicht der EVP-Fraktion ist erfreulich, dass es gelang bestehende christdemokratische Positionen in Parlamentspositionen zu übersetzen.

Vor dem Hintergrund der sich wandelnden Bedrohungslage und den bisherigen EU-Bemühungen im Bereich von Sicherheit und Verteidigung müssen die Anstrengungen weiterentwickelt werden. Wir Europäer müssen unser Schicksal in der Tat selbst in die Hand nehmen. Die EU sollte hierbei eine wesentlich stärkere Rolle als Garant der eigenen Sicherheit und Verteidigung werden. EU und NATO müssen sich dabei weiter ergänzen.

Das Europäische Parlament favorisiert eine zukünftige Europäische Verteidigungsunion als Rahmen für die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Im Zentrum der Verteidigungsunion steht die so genannte „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit". Sie ist eine verstärkte Militärkooperation, die im Dezember von den Mitgliedstaaten aktiviert wurde. Es ist darauf zu achten, dass die Europäische Kommission ihre Rolle als Hüterin der Verträge auch im Bereich der Verteidigung wahrnimmt. Die Kommission muss aktiver dafür eintreten, dass die existierenden EU-Gesetze für den Rüstungsmarkt und den grenzüberschreitenden Handel durch die Mitgliedstaaten angewandt werden.

Darüber hinaus muss sie ihr Gesetzesinitiativrecht auch zur Stärkung der EU-Verteidigung wahrnehmen.

Der von der Kommission vorgestellte Europäische Verteidigungsfonds ist eine begrüßenswerte Initiative. Dieser setzt darauf, EU-Haushaltsmittel als Anreiz für gemeinsame Forschungs-, Entwicklungs- und Beschaffungsmaßnahmen der Mitgliedstaaten einzubringen. Er wird die strategische Autonomie der EU weiter stärken, d.h. die Fähigkeit eigenständig Missionen durchzuführen. Um den Nutzen zu erhöhen müssen auch die Mitgliedstaaten ihre Streitkräfte gemeinsam planen und einsetzen. Schließlich müssen die Hauptstädte sicherstellen, dass diese EU-Zuschüsse gewinnbringend zur Stärkung der gemeinsamen Verteidigung eingesetzt werden.

Kurs über EU-Förderprogramme

Ein Online-Kurs bietet einen Überblick über EU-Förderungen.

Der auf der Online-Lernplattform Iversity vom Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR) angebotene Kurs (MOOC) steht unter dem Thema „EU-Mittel für Ihre Region oder Stadt erfolgreich nutzen". Zielgruppe sind insbesondere Kommunalbeamte, aber auch Studierende, Lehrkräfte, Lokaljournalisten. MOOC konzentriert sich auf die Frage, wie sich die EU-Mittel mit dem größtmöglichen Nutzen auf der regionalen und lokalen Ebene der EU einsetzen lassen.

European Committee of the Regions

Durch Projektbeispiele zu

aktuellen und zukünftigen EU-Förderprogrammen und Erfolgsgeschichten sollen Anregungen gegeben werden, eigene Projekte aufzustellen und diese in die Realität umzusetzen.
Der MOOC wird vom 15. Januar bis 23. Februar 2018 dauern. Jede Woche gibt es ein anderes Thema. Der Zeitaufwand beträgt ca. 1,5 Stunden pro Woche. Das Kursmaterial bleibt ein Jahr lang online verfügbar. Wer nicht alle Kapitel abschließen kann, kann nachträglich ein Jahr lang im eigenen Tempo auf das Kursmaterial zugreifen.
Der Kurs beinhaltet Videos, Factsheets, Infografiken und per Webstream live übertragene Debatten mit Fragen und Antworten der Kursteilnehmer.

WEB-TIPP

Kurs:
http://bit.ly/2ytYjDp

Sie werden angehört: Vorschläge für Integrationsmaßnahmen von Flüchtlingen

Die Kommission hat aufgerufen, Vorschläge für Integrationsmaßnahmen von Flüchtlingen einzureichen.
Anlass ist die Umsetzung des Fonds „Asyl, Migration und Integration", aus dem Projekte im Bereich der Integration finanziert werden können.

Vorschläge werden für folgende 5 Bereiche erbeten:

1. Sensibilisierung für den Beitrag von Migranten zu den EU-Gesellschaften, wobei Partnerschaften zwischen lokalen, regionalen und nationalen Behörden sowie der Zivilgesellschaft ausdrücklich angesprochen werden;
2. Gemeinschaften auf lokaler Ebene für die Integration durch Freiwilligenarbeit, insbesondere Aktivitäten in den Bereichen Kultur und Sport;
3. Unterstützung von Flüchtlingen, die aus einem Drittland umgesiedelt werden; Förderung der raschen Integration von Drittstaatsangehörigen in den Arbeitsmarkt durch verstärkte Zusammenarbeit und Mobilisierung von Arbeitgebern und Sozialpartnern;
4. Integration der Opfer von Menschenhandel.

Der Aufruf enthält eine ausdrücklich als nicht erschöpfend deklarierte Liste von infrage kommenden Aktivitäten, die aus dem Fonds finanziert werden könnten.

Vorschläge können bis zum 1. März 2018 eingereicht werden.

WEB-TIPP

Aufruf (Englisch):
http://bit.ly/2yeH9qf

IMPRESSUM

Michael Gahler
Europäisches Parlament
ASP 14 E 154
B-1047 Brüssel
Tel +32-2-2845977
Fax +32-2-2849977
michael.gahler@europarl.europa.eu
www.michael-gahler.eu
michael.gahler.77

Europabüro
Odenwaldstraße 5
64521 Groß-Gerau
Tel.: 06152 - 932 594

Bildnachweis:
Europäisches Parlament, Europäische Kommission